

**27. Wissenschaftlicher Kongress
der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)
„Grenzen der Demokratie / Frontiers of Democracy“
vom 25. bis 28. September 2018 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main**

Ausschreibung von Vorträgen im Rahmen des Panels

Der Finanzmarkt als Grenze der Demokratie?

Politikwissenschaftliche Perspektiven auf zehn Jahre Finanzkrise

Unterstützt von der DVPW-Sektion Politische Ökonomie

Dr. Benjamin Braun, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, bb@mpifg.de

Dr. Daniel Mertens, Goethe-Universität Frankfurt, mertens@soz.uni-frankfurt.de

Im Herbst 2008 hielt die Finanzkrise Einzug in Deutschland. Erst folgten Garantien und Kapitalmaßnahmen für strauchelnde Banken, aber mit fortschreitender Krise entstand eine institutionelle Großbaustelle in Deutschland und Europa: Schuldenbremsen, Rettungsfonds und Stabilitätsmechanismen, Fiskalpakt, Troika *governance* und quantitative Lockerung. Eine intensive Debatte um die Macht der Finanzmärkte über die Demokratie flammte wieder auf. Sollten nicht Bürgerinnen und Bürger statt Banken gerettet werden? Wie viel Spielraum für diskretionäres politisches Handeln haben nationale oder supranationale Regierungsakteure innerhalb eines global integrierten Finanzsystems? Zehn Jahre nach den ersten Erschütterungen im europäischen Bankensystem lässt sich Bilanz ziehen und fragen, welche Bedingungen und Mechanismen das Verhältnis von Finanzmärkten und demokratischen Gemeinwesen bestimmen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Einsendung von empirischen wie theoretischen Beiträgen, die den Finanzmarkt als „Grenze der Demokratie“ untersuchen und dabei (unter anderem) folgende Fragenkomplexe berücksichtigen:

- (1) Wie hat sich die *Struktur* des Finanzsystems entwickelt? Gibt es eine Verschiebung weg von Banken und hin zu institutionellen Investoren und Asset Management Firmen? Welche Rolle spielt das Projekt einer Europäischen Kapitalmarktunion und welche politischen Konsequenzen sind damit verbunden?
- (2) Welche Rolle fällt *Akteuren* zu? Hat die Finanzkrise eine Veränderung im Machtgefüge zwischen Finanzlobby, Zivilgesellschaft und Politik geführt? Stärkt supranationales technokratisches Regieren politische Handlungsspielräume gegenüber globalen Finanzmärkten, oder ist das Gegenteil der Fall?
- (3) Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Politisierung (*issue salience, noisy politics*) der Finanzsphäre? (Wie) Können Finanzmärkte demokratisiert werden? Welches Handeln auf Finanzmärkten stünde politisch-ethisch im Einklang mit demokratischen Werten und Verfahren?

Der Vorstand der DVPW möchte auch jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Chance eröffnen, sich an den Veranstaltungen der DVPW zu beteiligen; ebenso ist erwünscht, dass mehr Frauen als bisher aktiv am Kongress teilnehmen.

Bitte senden Sie Ihren Vorschlag von max. 150 Wörtern bis zum 31. Januar 2018 an folgende E-Mail-Adressen der Veranstalter des Panels: bb@mpifg.de | mertens@soz.uni-frankfurt.de